



I - Ordnung und Soziales

Maßnahmen zur Gewährleistung notwendiger Restfahrbahnbreiten für den fließenden Verkehr im Siedlungsbereich der Sanderhöhe Antrag der CDU-Fraktion / Ratsherr Lothar Palubitzki vom 27.01.2014

Gremium	Status	Datum	Beschlussqualität
Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt	Ö	19.02.2014	Entscheidung

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung hat den Antrag an die Kreispolizeibehörde des Oberbergischen Kreises in Gummersbach weitergeleitet und um Abgabe einer Stellungnahme gebeten. Die Stellungnahme, die zeitnah zu erwarten ist, bleibt zunächst abzuwarten. Gemeinsam mit allen zuständigen Fachbereichen der Verwaltung sind danach Lösungen zu erarbeiten, an denen ggfls. auch die Bevölkerung zu beteiligen ist. Für den Bereich Sanderhöhe ist in der Vergangenheit in einem schneereichen Winter kurzfristig eine Einbahnstraßenregelung eingerichtet worden, um u.a. den Winterdienst überhaupt noch zu gewährleisten. Dies hat seinerzeit zu gegensätzlichen Reaktionen aus der Bevölkerung geführt. Mit ähnlichen Reaktionen wird bei jeder straßenverkehrsrechtlichen Neuregelung zu rechnen sein.

Beschluss:

Die Verwaltung soll prüfen, welche Maßnahmen im Siedlungsbereich der Sanderhöhe, insbesondere den Erschließungsstraßen, den z. T. beängstigenden Einschränkungen der z. B. für Feuerwehr- und Rettungsfahrzeuge, aber auch Müllfahrzeuge notwendigen Fahrbahnbreiten kurz- mittel und langfristig entgegenwirken können. Als kurzfristige Maßnahmen könnten die Ausweisung von Parkbuchten oder aber auch partielle Einbahnstraßen in Frage kommen. Mittel- und langfristig sollte diese Problematik unbedingt Bestandteil der Planung bei Straßen- und Kanalsanierungsmaßnahmen sein.

Anlagen:

Antrag der CDU-Fraktion/Ratsherr Lothar Palubitzki vom 27.01.2014